



## Liebe Genossinnen und Genossen,

eines der nächsten Themen die uns schwerpunktmäßig beschäftigen werden, ist die Energiepolitik. Dabei geht es zum Einen darum, wie die verantwortliche Politik mit dem Einsatz der regenerativen Energie, hier insbesondere mit der Windkraft umgeht.

Es ist schon häufiger darüber berichtet worden, dass die Einspeisung von Strom aus der Windkraft zugunsten des Stroms aus Großkraftwerken abgeschaltet wird, weil die derzeit vorhandenen Stromnetze die CO<sup>2</sup>-freie Energie aus Windkraft nicht mehr aufnehmen können. Auch un-



sere Kreistagsfraktion hat sich kürzlich in der hiesigen Presse dazu positioniert. Den Artikel findet ihr in der heutigen Ausgabe des Ostholsteinbriefes.

Zum Andren geht es um die von schwarz-gelb gewünschten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Mit der Betriebsverlängerung dieser Hochrisikotechnologie werden die Bestrebungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien konterkariert. Die SPD Bundestagsfraktion hat sich bereits klar gegen die Laufzeitverlängerung ausgesprochen und einen heißen Herbst angekündigt. Der beginnt mit der nächsten großen Anti-Atomkraft-Demonstration am 18. September in Berlin.

Ein nächstes Thema in diesem Zusammenhang ist die weiter verfolgte Verpressung von CO<sup>2</sup> in den Untergrund mit Hilfe der sogenannten CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage). Auch wenn sich die schwarz-gelbe Landesregierung zunächst aufgrund des Bürgerprotestes von der Westküste unseres Landes gegen die CO<sup>2</sup>-Verpressung ausgesprochen hat, lobte sie die ersten Entwürfe des kommenden CCS-Gesetzes. Die einfältige schwarz-gelbe Regierungsmannschaft in Kiel glaubt wirklich

selbst entscheiden zu können, ob CO<sup>2</sup> in Schleswig-Holstein verpresst wird oder nicht. Fachleute warnen bereits vor dem entstehenden Automatismus der mit dem Gesetzentwurf einhergehenden Regelungen. Hier wünsche ich mir eine lautere Stimme der SPD aus Schleswig-Holstein und Berlin.

Weitere Informationen zu diesen Themen entnehmt ihr bitte der heutigen Ausgabe.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass ihr eine Druckversion dieser und der vorherigen Ausgaben des Ostholsteinbriefes gern bei euren Ortsvereinen und der SPD-Kreisgeschäftsstelle anfordern könnt. Die Kontaktdaten entnehmt ihr bitte dem Impressum auf der letzten Seite dieser Ausgabe. Aus Kostengründen sind die allerdings in schwarz-weiß gehalten. ■

Solidarische Grüße

**Lars Winter**  
Kreisvorsitzender

## Warum wird im Kreis Ostholstein sauberer Strom „vernichtet“?

Für die SPD Kreistagsfraktion stellen sich dazu folgende Fragen: Wie hoch sind die wirtschaftlichen und die steuerlichen Ausfälle durch die Abschaltung der Windräder, d. h. durch die „Vernichtung“ von sauberem Strom durch E.ON und wie viele Arbeitsplätze im Kreis sind dadurch gefährdet. Denn wegen Überkapazitäten im Stromnetz wurden die Windräder durch E.ON inzwischen an 37 Tagen abgeschaltet.

Klinke: „Ich bin erbost und entsetzt, dass der saubere Strom, diese kostbare Ressource, die in unserem Tourismus-Kreis erzeugt wird, abgeschaltet werden

muss, weil er im Überfluss produziert wird und man ihn nicht nutzen kann, da die Netze angeblich nicht ausreichen.“

In Schleswig-Holstein, besonders im Kreis Ostholstein, boomen durch die Windkraft, Solarenergie und Biomasse gleichzeitig auch die neuen Jobs in diesen Branchen und es wird weiterhin sehr viel investiert.

Alle wollen die umweltfreundliche Energieversorgung durch Wind- und Solarkraft sowie durch Biogas. Alle sprechen sich für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energie aus. Alle wollen ihren Kaffee mit sauberer Energie kochen.

Klinke: „Deshalb muss das verabschiedete Energieleitungsausbaugesetz schnell umgesetzt werden. Die damalige Große Koalition in Berlin hat 2009 das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze, Kernstück aus dem Energieleitungsausbaugesetz, freigegeben. Es beinhaltet und ermöglicht, dass für die Integration des Stroms aus Windenergie dabei Erdkabel auf 380 KV-Ebene verlegt werden.“

Die SPD Fraktion fordert von der schwarz-gelben Koalition in Berlin, dass das Energieleitungsausbaugesetz auch umgesetzt wird und fragt den CDU Bun-

destagsabgeordneten Ingo Gädechens:“ Was ist daraus geworden? Warum geht es nicht weiter? Wann wird das Gesetz im Kreis Ostholstein umgesetzt? Denn im Mai 2009 forderte Gädechens durch eine Pressemitteilung endlich den Widerstand gegen den Leitungsausbau als Erdkabel aufzugeben. Dies gilt für den Netzbetreiber E.ON genauso wie für die Planungsbehörden des Landes Schleswig-Holstein. Wenn wir Strom aus Windkraft an der Küste produzieren wollen, dann brauchen wir auch die notwendigen Netze um den Strom abzuleiten.

Zu Irritationen hat die Äußerung des CDU Fraktionsvorsitzenden Ruder geführt, der die beschlossene Erdkabel Position in Frage gestellt hat. Die SPD wird weiterhin, wie im Kreistag beschlossen, auf Erdkabel setzen, wie es die Bevölkerung auch will. Weiterhin fordert die SPD



Fraktion E.ON auf, die saubere Energie, d.h. den Strom ins Netz einzuspeisen und nicht zu vernichten. Zur Erinnerung: Als die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein ans Netz angeschlossen wurden, wurde das Netz sehr schnell für die Atomlobby ausgebaut.

Abschließend: Wer die Klimaschutzziele erreichen will, muss auch dafür sorgen, dass der Strom aus erneuerbaren Energien und neuen hocheffizienten konventionellen Kraftwerken zu den Verbrauchern kommt.

Mit Erdkabeln muss der Netzausbau für die Betroffenen vor Ort schonender gestaltet werden und mit der modernsten Technologie kann die erneuerbare Energie optimal genutzt werden. Die SPD Fraktion wiederholt nochmals ihre umweltpolitische Forderung: Der Kreis Ostholstein muss ein Kreis ohne Strom aus Atomenergie, Öl, Gas und Kohle werden, sondern ein Modellkreis für regenerative Energie. ■

Burkhard Klinko  
SPD Fraktionsvorsitzender

## Nachhaltige Nutzung von Biomasse ist ein Eckpfeiler der Energiewende

Landtagsrede von Sandra Redmann vom 07.07.2010 zu TOP 39, Biomasse nachhaltig nutzen (Drucksache 17/704)

Schon der Klimaschutz und die Endlichkeit der fossilen Energieträger erfordern den Umstieg auf ausschließlich erneuerbare Energien. Neben der Wind- und Sonnenenergie ist die energetische Nutzung von Biomasse daher ein unentbehrlicher Eckpfeiler für die Energiewende.

Biomasse ist gerade in Schleswig-Holstein ein unverzichtbarer erneuerbarer Energieträger und steht in großer und vielfältiger Menge zur Verfügung. Im Vergleich zur Sonnen- und Windenergie besitzt Biomasse den Vorteil, dann zur Energieerzeugung eingesetzt werden zu können, wenn auch die Nachfrage nach Energie besteht. Nebenbei bleibt anders als beim Import von fossilen Energieträgern die Wirtschaftskraft in der Region und stärkt so Einkommen und Arbeitsplätze vor Ort. Die Nutzung von Biomasse ist vielfältig. Sie geht über die traditionelle Nutzung von Holz für die Wärmeerzeugung über die Nutzung flüssiger Biomasse als Ölersatz bis hin zur energetischen Nutzung von Biogas. Hier sind durch weiter intensive Forschung z. B. für die zweite Generation von Biokraftstoffen aus der gesamten Pflanze noch viele Entwicklungen zu erwarten, damit die heutigen Probleme gelöst werden.

Allerdings muss sich die Biomassenutzung auch sozialen, ökologischen und ethischen Anforderungen stellen. Wir beobachten in vielen Teilen unseres Landes mit Sorge den zunehmenden Anbau von Mais in großflächigen Monokulturen. Dies ist nicht nur ein Nachteil für die touristische Attraktivität und die Artenvielfalt, sondern auch eine Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln. Die Landwirte stecken hier in einer Zwickmühle: Sie können in den Pachten für den Anbau von z.B. Weizen nicht mit dem Anbau von Mais für Biomasseanlagen konkurrieren. Viele wählen daher den Ausweg, auch auf Maisanbau umzusteigen, werden so vom Landwirt zum Energiewirt und vergrößern die Probleme für die Landwirtschaft insgesamt.

In unserem Wahlprogramm haben wir daher eine klare Position bezogen: Die Förderung nachwachsender Rohstoffe kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, eine Ausweitung der Anbauflächen insbesondere von Mais bringt aber erhebliche Probleme wie die Verdrängung von Grünland und eine Veränderung der Landschaft mit sich. Neue Biogasanlagen sollten nur noch in Ausnahmefällen wie zur Versorgung von Höfen und Dörfern mit zusätzlicher

Wärme und zur Verwertung von Reststoffen errichtet werden.

Wir wollen keinen Stopp bei der Biomasse-Entwicklung, aber die richtigen Leitplanken setzen, um ungewünschte Entwicklungen zu verhindern und die Erfolgsgeschichte aller erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein fortzusetzen. Hier sind die Bio-Regionen besonders erfolgversprechend, da sie bürgerschaftliches Engagement mit Klimaschutz und Energiewende verbinden.

Der insgesamt kleinteilig orientierte Antrag der Grünen macht teilweise gute Vorschläge, wie wir die Biomasse nachhaltiger nutzen können. Allerdings habe ich erhebliche Zweifel, ob z.B. durch den Landesentwicklungsplan die gewünschte Steuerung gelingen kann. Er ist aber wert, in all seinen Facetten im Ausschuss vertieft diskutiert und dann verbessert beschlossen zu werden. ■

Sandra Redmann  
Mitglied des Landtages



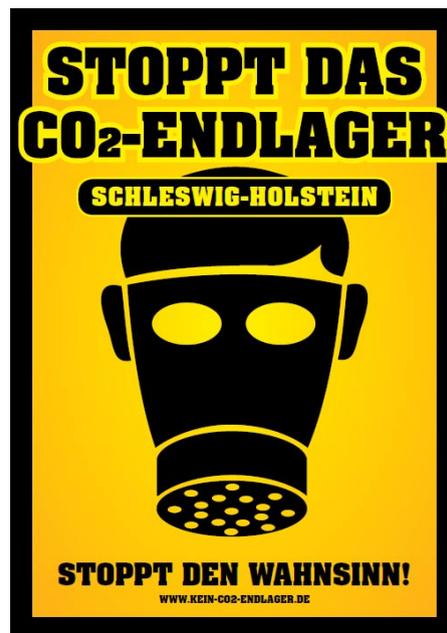
## Wird das CO<sup>2</sup>-Lager in Ostholstein Wirklichkeit werden?

**Ich fordere alle Ostholsteinerinnen und Ostholsteiner auf, sich überparteilich aktiv an der Verhinderung eines CO<sup>2</sup>-Endlagers in Ostholstein, in Schleswig-Holstein und anderswo zu beteiligen. Die SPD Ostholstein bietet allen die Zusammenarbeit an. Wir wollen in den kommen Wochen und Monaten auf den Wochenmärkten der größeren Städte Informationsstände organisieren und Unterschriftenlisten auslegen.**

Zur Erreichung der Klimaschutzziele, den Ausstoß vom Ozonkiller CO<sup>2</sup> um 85% zu reduzieren, ist nach Aussagen von Fachleuten die Abspaltung und Speicherung von CO<sup>2</sup> unausweichlich. Dies geschieht mit der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage). Damit wird aus dem Abgasausstoß von Kohlekraftwerken das CO<sup>2</sup> herausgefiltert, verflüssigt und das verflüssigte CO<sup>2</sup> gespeichert. Eine Form der Speicherung ist es, das verflüssigte CO<sup>2</sup> in den Untergrund, in sogenannte Aquifere (Grundwasserleiter) in Tiefen von 900 Metern und mehr zu pressen. Die Aquifere sind Gesteinskörper mit Hohlräumen, die zur Leitung von Grundwasser geeignet sind. Diese besondere Form der Gesteinsschichten finden wir in Schleswig-Holstein an der Westküste und auch in Ostholstein. Hier ist besonders das Gebiet um Oldenburg betroffen.

Im letzten Jahr hat die schwarz-gelbe Landesregierung vor dem Bürgerprotest von der Westküste kapituliert und sich gegen die Verpressung von CO<sup>2</sup> in Schleswig-Holstein ausgesprochen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass

Deutschland ein CCS-Gesetz zur Regelung der CCS-Technologie verabschieden muss. Bundesumweltminister Röttgen (CDU) hat sich nun auf einen Gesetzesentwurf mit Bundeswirtschaftsminister



Brüderle (FDP) geeinigt. Die schwarz-gelbe Bundes- und Landesregierung will den BürgerInnen weiß machen, dass die Landesregierungen die Entscheidungsmöglichkeit haben, ob in ihrem Land CO<sup>2</sup>-Endlager eingerichtet werden. Dem ist nicht so. Der derzeitige CCS-Gesetzesentwurf wurde zufrieden zur Kenntnis genommen. Doch darin ist als einer der Kernpunkte enthalten, dass zunächst Probespeicherungen erlaubt sind. Obwohl die Koalition gegen die Speicherung von CO<sup>2</sup> ist, stimmt sie den Probespeicherungen zu. Was bezwecken Carstensen und

Co damit? Sprechen sie sich nur zum Schein gegen das CCS-Verfahren und die CO<sup>2</sup>-Speicherung aus? Ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich unter der Erde Ostholsteins CO<sup>2</sup> befindet?

Die Aussagen des Wirtschaftsministers Jost de Jager, dass mit der Erlaubnis zur Speicherung von CO<sup>2</sup> in Schleswig-Holstein eine neue Geldquelle erschlossen werden kann, steht dabei in einer geschlossenen Kette von Argumenten zur Speicherung von CO<sup>2</sup> in Schleswig-Holstein. Dabei ist von Summen in Höhe von 1,5 Mrd. Euro jährlich die Rede. Daran ist auch zu erkennen, welche höheren Gewinne die Landesregierung den Energiekonzernen durch die CO<sup>2</sup>-Speicherung zutraut. Diese Gewinne erwirtschaften die Energiekonzerne mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke und dem längeren Betrieb alter Kohlekraftwerke. Dass der ohnehin schlechte Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken (er liegt bei ca. 35%) mit der Anwendung der CCS-Technologie um weitere 15% sinkt, wird allzu gern verschwiegen.

**Darum müssen wir weiter fordern:**

- **Nein zur CCS-Technologie!**
- **Nein zur Speicherung von CO<sup>2</sup> in Ostholstein, Schleswig-Holstein und anderswo!**
- **Wirkliche Einsparung des CO<sup>2</sup>-Ausstosses vorantreiben! ■**

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Der Anfang ist gemacht, die AfA hatte ihre erste Sitzung



Die Themen der ersten Sitzung drehten sich um die Missstände im Gesundheitswesen. Immer noch gibt es in

der Pflege Kollegen/innen die nicht von ihrer Arbeit leben können. Durch die Privatisierungen wird häufig nicht mehr nach Tariflohn bezahlt, sondern es gibt frei ausgehandelte Verträge. Kliniken werden unter den Gesichtspunkt des Profit machen's geführt. Da fragt man sich, bleibt da dann noch genügend Zeit für

eine gute Pflege, steht der Mensch dort noch im Mittelpunkt?

Klar wurde dann auch noch das Thema „Was wird mit der UNI Lübeck passieren“ auf der Tagesordnung. Die AfA war sich rasch einig und fasste den Beschluss, auch wir werden eine Resolution und somit den Erhalt der UNI fordern. Das dann schon am nächsten Tag BM Frau Scharvan die richtigen Worte gefunden hatte zum Erhalt der UNI, freute uns ALLE sehr.

So viel von der ersten AfA Sitzung. Die AfA trifft sich wieder am 6. September, um 18.30 Uhr, am Terminal der Scandlines in Puttgarden (Fehmarn). Die Einladungen sind über den E-Mail-Verteiler bereits an die Genossinnen und Genossen gesendet worden. Angefragt sind die Vertreter der Arge-Ostholstein, Herr Linder, und der Agentur für Arbeit Lübeck, Herr Werner. ■

Eure  
Inke-Marie Jaschinski  
AfA Kreisvorsitzende

## Die Jusosarbeit-Ostholstein ist wichtig und braucht Unterstützung



Wer sich die Altersstruktur unserer Partei anschaut, stellt fest, das viel Arbeit von der Generation der über 50-jährigen geleistet wird. Die Situation verschärft sich zusehend in den Ortsvereinen.

Deshalb bin ich immer froh und glücklich, wenn sich neue Juso-Aktivitäten in den Ortsvereinen bilden. Vor Jahren waren die Jusos in den Ortsvereine Stockelsdorf und Bad Schwartau sehr engagiert. Dann fand sich eine Gruppe in Eutin und Umgebung zusammen. Nun

reaktivieren sich die Stockelsdorfer und die Bad Schwartauer wieder. Auf Kreis-ebene ist unser Juso-Kreisvorsitzender Niclas Dürbrook aus dem Ortsverein Scharbeutz sehr bemüht. Mit der Aktion „Atomfässer rollen durch Eutin“ haben sie bereits für Aufmerksamkeit gesorgt. Nun steht die Aktion „Stoppt die Todsparrer“, eine Kampagne gegen die Kürzungen der Wespen-Koalition, am 28. August in Bad Schwartau auf dem Programm.

Aufgrund der beruflichen Situation müssen die meisten Jusos über kurz oder lang unserem Kreis den Rücken kehren. Entweder wartet das Studium oder der

Ausbildungsplatz ist weiter weg.

Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn alle Genossinnen und Genossen im Jusoalter (bis 35 Jahre), die Arbeit der Jusos durch Teilnahme an den Aktionen und Mitarbeit in der politischen Arbeit von Puttgarden bis Stockelsdorf unterstützen. Wendet euch für weitere Informationen gern an die Geschäftsstelle oder direkt an Niclas Dürbrook, niclasduerbrook@gmx.de. ■

Euer  
Lars Winter  
SPD-Kreisvorsitzender

## Juso Sommercamp in Bosau



Vom 22. – 25.07.2010 fand in Bosau das diesjährige Sommercamp des Juso Landesverbandes Schleswig-Holstein statt. Unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit – Ein Auslaufmodell?“ nahmen insgesamt ca. 40 junge Menschen aus dem ganzen Land teil. Auch der Juso Kreisverband OH war mit vier Teilnehmern vertreten.

Inhaltlich standen Workshops zu verschiedenen Themen wie Bildung, Frauen, Migration, Steuerpolitik, Staatsverschuldung, aber auch zu den Grundlagen des demokratischen Sozialismus auf der Ta-

gesordnung. Wieder einmal war es beeindruckend, wie fundiert junge Menschen hierbei über Politik diskutierten und wie hoch die Bereitschaft ist, sich für eine le-



Der SPD Landesvorsitzende, Ralf Stegner, zu Besuch im Juso Sommercamp

bendige Demokratie einzusetzen!

Doch auch Aktivitäten neben der Politik wie Kanufahren, Fußball und Volleyball kamen nicht zu kurz. An den Abenden stand dann das traditionelle „Juso-Nightlife“ mit Gitarre, Liedern und tollen Diskussionen an.

Die neu geknüpften Kontakte nutzten die Ostholsteiner Jusos dann auch gleich am 26. Juli und unterstützen die Lübecker Jusos bei einer Anti-Atom-Aktion in der Lübecker Innenstadt. ■

Niclas Dürbrook  
Jusos Kreisvorsitzender

## Kirche muss mit in Kürzungsliste



Die Landesregierung muss Kirche mit in ihre Kürzungsliste aufnehmen. Wenn die CDU/FDP Landesregierung überall spart und kürzt, muss auch die Kirche mit einbezogen werden. Die millionenschweren Landeszuschüsse an die Kirche sind der größte Haushaltsposten im Kulturhaushalt des Landes. Jährlich zahlt das Land mehr als 12 Mio. € Steuergelder im Jahr an die Kirchen.

Der Kirchenstaatsvertrag, in dem die Zahlungen seit 1957 geregelt sind, sind angesichts der sinkenden Zahl von Kirchenmitgliedern überholt und nicht mehr zeitgemäß. Der Landesrechnungshof hat in seinem Ergebnisbericht 2010 festgestellt: Die Staatsleistungen an die Nordelbische Kirche sind nicht gekürzt worden. Die Berechnungsgrundlage für die Staatsleistungen muss geändert werden. Seit 1957 ist der Schleswig-Holsteinische Kirchenvertrag nicht an grundlegend veränderte Verhältnisse angepasst worden. Dazu gehören die Errichtung der Nordelbischen Kirche, die rückläufige Bindung der Bevölkerung an die Kirchen und die desolante Haushaltslage des

Landes (nur noch 47% der Bevölkerung in Schleswig-Holstein und Hamburg sind Mitglieder der Nordelbischen Kirche) Auch Staatsleistungen an die Kirchen müssen zur Haushaltskonsolidierung des Landes beitragen. Klink: „Die schwarze Landesregierung hat vollmundig angekündigt, dass alle Bereiche auf den Prüfstand kommen und es die größte Sparoperation des Landes Schleswig-Holstein werden soll. Alle Bereiche sind davon betroffen u. a. die Halbierung des Blindesgeldes, die Schülerbeförderungskosten wieder den Familien aufzubürden, Wiedereinführung von Gebühren für das 3. Kita-Jahr, drastischer Abbau von Studienplätzen, Privatisierung der Univer-

sitätsklinik, Medizinstudium in Lübeck abziehen. Wenn überall der Rotstift angesetzt wird, muss die Landesregierung diesen Stift auch bei der Kirche ansetzen.“

Schleswig-Holstein zahlt jährlich rund 12 Mio. € aus der Landeskasse an die Nordelbische und katholische Kirche, das sind etwa 4,00 €, die jeder Einwohner zuschießt, zu den Kosten für die Besoldung und Altersversorgungen von

Pastoren in der Kirche.

Klinke abschließend: „Die gravierenden sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Einschnitte der Landesregierung machen es nötig, dass auch finanzielle Kürzungen bei der Kirche erfolgen müssen d. h. die jährlichen Zuschüsse müssen erheblich reduziert werden. Ich könnte mir vorstellen, dass die Gelder dann in Richtung Medizinische Hochschule Lübeck und in die Kindergärten

fließen oder die Eltern dann keine Schülerbeförderungskosten zahlen müssen und die Halbierung des Blindengeldes wieder aufgehoben wird. Der Kirchenstaatsvertrag von 1957 passt nicht mehr in das heutige Zeitbild und muss dringend reformiert werden, auch die Kirche muss ihren Sparbeitrag leisten.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## Feste Fehmarnbelt Querung (FBQ) und Hinterlandanbindung

In den letzten beiden Ostholsteinbriefen haben wir nicht über den Sachstand der FBQ und der Hinterlandanbindung berichtet. Die Lübecker Nachrichten und der Ostholsteiner Anzeiger sowie das Fehmarnsche Tageblatt haben aber ausführlich über das Hin und Her, insbesondere bei den unterschiedlichen Zugzahlen der Bahn berichtet.

Zwischenzeitlich fand die Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren (ROV) zur Hinterlandanbindung der geplanten FBQ statt. Auf Druck der Bürgerinitiativen, der SPD- und der Grünen-Kreistagsfraktionen hat sich der Kreis Ostholstein auch für die Durchführung des ROV beim Land eingesetzt. Das ROV soll dazu dienen, die von der Bahn vorgelegten Trassenvarianten dahingehend zu untersuchen, ob sie sich in die bisherigen Planungsunterlagen, Landesentwicklungsplan, alte Kreisentwicklungspläne usw. einfügen, oder ob sich daraus bessere Trassenvarianten ergeben.

Ich habe an der Antragskonferenz teilgenommen und ich bin in meiner Meinung gestärkt worden, dass hier mit aller Macht eine Hinterlandanbindung durchgesetzt werden soll, die nicht den Interessen der hier lebenden Menschen entspricht, sondern ausschließlich dem Portomonais des Bundesministeriums für Verkehr.

Die von der Hinterlandanbindung betroffenen Gemeinden haben auf der Antragskonferenz ihre Bedenken vortragen können. Auch die Bürgerinitiativen und die Naturschutzverbände waren vor Ort und haben Stellung genommen. In dem von der Landesplanung, Ministerialrat Schlick, geführte Verfahren wurden alle Bedenken, Hinweise und Anregungen mit aufgenommen. Im Rahmen des ROV werden nun die unterschiedlich-

ten Untersuchungen in Auftrag gegeben und geprüft. Nach der Fertigstellung aller erforderlicher Unterlagen wird eine abschließende rd. sechs monatige Abschlussuntersuchung eine Bewertung vornehmen.

Dem ROV schließen sich dann Planfeststellungsverfahren an. Die im ROV gewonnenen Erkenntnisse werden auch in die Planfeststellungsverfahren mit einfließen. Die betroffenen Kommunen, die Bürgerinitiativen, die Naturschutzverbände und jede Bürgerin und jeder Bürger haben dann erneut die Möglichkeit ihre Bedenken vorzutragen.

Die SPD-Ostholstein begleitet die Bürgerinitiativen und steht im engen Kontakt mit den SprecherInnen der verschiedenen Initiativen, z.B. mit Malte Siegert vom Aktionsbündnis auf Fehmarn, Peter Ninnemann von der TsT e.V. Timmendorfer Strand, Ulrike Pennings aus Bad Schwartau, Kerstin Fischer von der UNI Ratekau und Hans-Joachim Kuschinske vom VESUV Bad Schwartau.

Außerdem setzt der SPD-Kreisvorstand alle Hebel in Bewegung, um innerhalb der SPD-Schleswig-Holstein eine Meinungsänderung zur FBQ einzuleiten. Noch bestehen Parteitagebeschlüsse, die sich für die FBQ aussprechen. Aufgrund der erheblich verschobenen Rahmenbedingungen zu diesem Projekt, muss aus Sicht der Ostholsteiner Genossinnen und Genossen eine Meinungsumkehr erfolgen. Und dabei stehen wir mit unserer Meinung nicht allein. Aufgrund unseres Antrages auf dem letzten SPD-Landesparteitag ist es zu einer Sitzung des Landespartei Rates gekommen, der eigentlich abschließend über unseren Antrag beschließen sollte. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Auf der Grundlage unseres Antrages wurde vom SPD-Umweltfo-

rum ein Kompromispapier entwickelt, das am 17. August abschließend für den SPD-Landesparteitag am 11. September 2010 vorbesprochen werden soll. Der Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion ist in dieses Verfahren mit eingebunden.

Diese Informationen sollen euch zeigen, dass im Hintergrund viel Arbeit geleistet wird, die sich hoffentlich bald auszahlt. Diese Arbeit erfolgt oft geräuschlos, da sich marktschreierisches Handeln kontraproduktiv auswirken kann. Ich werde euch weiterhin auf dem Laufenden halten. ■

Lars Winter  
SPD Kreisvorsitzender

## Organisatorisches

Auch für die Kreisgeschäftsstelle fängt die Urlaubszeit an. **Unser Büro ist in der Zeit vom 2. - 22. August 2010 nicht besetzt.** In dringenden Fällen kann ich unter meinen bekannten Kontaktdaten erreicht werden. ■

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

### Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
Internet: www.spd-ostholstein.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter